



Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»

Stand: März 2018

Die Argumente des Bundesrates

Die Vollgeld-Initiative will das Geld der Bankkundinnen und -kunden schützen und Finanzkrisen verhindern. Diese Absicht ist gut, nicht jedoch der vorgeschlagene Weg. Die Initiative beschneidet das Kerngeschäft der Banken und die Schweizerische Nationalbank (SNB) würde stärker unter politischen Druck geraten. Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative insbesondere aus folgenden Gründen ab:

Keine Garantie zur Verhinderung von Finanzkrisen

Die Initiative will die Finanzstabilität verbessern und Finanzkrisen verhindern. Der Bundesrat teilt diese Absicht. Mit den von der Initiative vorgeschlagenen Mitteln lässt sich dieses Versprechen aber nicht erfüllen. Plötzliche und massive Abzüge von Guthaben (Runs) auf Zahlungsverkehrskonten könnten zwar verhindert werden. Sie sind aber nur eine von vielen Ursachen von Finanzkrisen: andere Risiken, wie beispielsweise Übertreibungen am Aktienmarkt, wären nicht gebannt.

Wirksamere Massnahmen für Finanzstabilität

Es gibt wirksamere Massnahmen für die Finanzstabilität, die zudem weniger einschneidend sind. Seit der Finanzkrise haben Bundesrat und Parlament für alle Banken und ganz besonders für die grossen Banken die Anforderungen an Liquidität und Eigenkapital erhöht. Auch wurde der Einlagenschutz ausgebaut, sodass bei einem Konkurs bis zu 100 000 Franken pro Kundin oder Kunde und pro Bank gesichert sind.

Schädliche Auswirkungen auf Banken und Bankkundschaft

Das Kerngeschäft der Banken ist die Finanzierung von Investitionen, indem sie Kredite vergeben. Die Initiative schränkt dieses Kerngeschäft unnötig und zu stark ein. Die Banken könnten Kredite nicht mehr durch Sichtguthaben finanzieren. Sie müssten stattdessen nach anderen, wahrscheinlich teureren Finanzierungsmöglichkeiten suchen. Sie dürften die Zusatzkosten auf ihre Kundinnen und Kunden überwälzen.

Machtkonzentration bei der SNB ist keine gute Lösung

Die Initiative sieht vor, dass die SNB die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten gewährleistet. Dadurch würde die Kreditsteuerung zunehmend bei der SNB zentralisiert. Eine solche Machtkonzentration ist nicht sinnvoll. Die Banken sind näher bei den Kundinnen und Kunden und am Markt als die SNB und können den Kreditbedarf und die Kreditrisiken besser einschätzen.

Unabhängigkeit der Nationalbank gefährdet

Wenn die SNB Geld "schuldfrei" schaffen und es direkt an Bund, Kantone oder die Bevölkerung verteilen müsste, würden Staatsausgaben zum Teil direkt durch die SNB finanziert. Dies kann zu Geldentwertung (Inflation) führen, und ist deshalb heute verboten. Die Geldpolitik würde erschwert, besonders wenn die Geldmenge zwecks Bekämpfung einer steigenden Inflation wieder reduziert werden müsste. Zudem würde die SNB unter starken politischen Druck geraten, und ihre Unabhängigkeit und damit eine wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung ihrer Aufgabe wären gefährdet.

Risiken vermeiden

Das von der Initiative vorgeschlagene System gibt es in keinem anderen Land. Die radikale Änderung der Währungsordnung würde die Stabilität und den Ruf des Schweizer Finanzplatzes aufs Spiel setzen. Diese Risiken sollte die Schweiz nicht in Kauf nehmen.